

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 17/40 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und folgender Resolutionen, zuletzt 1884 (2009) vom 27. August 2009 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Bericht der Abgeordneten Herbert Frankenhauser, Carsten Schneider (Erfurt), Dr. h. c. Jürgen Koppelin, Michael Leutert und Sven Kindler

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 18. November 2009 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) bis zum 30. Juni 2010 zuzustimmen.

Der Einsatz soll unter Fortgeltung der Regelungen der Beschlüsse der Bundesregierung vom 13. September 2006, 22. August 2007 und 9. September 2008, denen der Deutsche Bundestag am 20. September 2006 (Bundestagsdrucksache 16/2572), am 12. September 2007 (Bundestagsdrucksache 16/6278) und am 17. September 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10207) zugestimmt hat, fortgesetzt werden. Die Zahl der maximal einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten soll von 1 200 auf 800 reduziert werden.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an UNIFIL mit bis zu 800 Solda-

tinnen und Soldaten über den 15. Dezember 2009 hinaus bis zum 30. Juni 2010 werden rund 32,6 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2009 rund 2,4 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2010 rund 30,2 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Haushaltsjahr 2009 Vorsorge getroffen. Die Ausgaben im Jahr 2010 werden aus dem Einzelplan 14 im Haushaltsvollzug sichergestellt.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag der Bundesregierung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass der federführende Auswärtige Ausschuss keine Änderungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen empfiehlt.

Berlin, den 2. Dezember 2009

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Herbert Frankenhauser
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Sven Kindler
Berichterstatter